



Kiel, 31.3.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des DPoIG- Landesvorstands danke ich Ihnen für die Möglichkeit einer Stellungnahme.

Zu den statistischen Gegebenheiten beim Deliktsfeld Wohnungseinbruchsdiebstahl ist der Bericht der Landesregierung erschöpfend. Die Kriminalitätslage ist besorgniserregend und bedarf erheblicher Kraftanstrengungen des Staates.

Aus Sicht der DPoIG ist es erforderlich

- 1.) Ermittlungen gegen überörtlich agierende Diebesbanden personell stärker zu hinterlegen
- 2.) Die polizeiliche Präsenz in der Fläche deutlich auszuweiten
- 3.) Die Prävention deutlich zu intensivieren.

Zu 1.)

Es ist absehbar, dass für einen großen Teil der Taten offenbar organisierte Diebesbanden verantwortlich sind. Ermittlungskomplexe gegen derartige, zum Teil international agierende, Diebesbanden sind sowohl zeitlich als auch personell aufwändig. Diese Erkenntnis muss sich in der Zuweisung von Personal an die ermittlungsführenden Dienststellen widerspiegeln.

Es ist offensichtlich, dass die erheblichen Zuwächse im Bereich der Wohnungseinbruchskriminalität im Hamburger Umland unmittelbar mit organisierten Diebesbanden zu tun haben, die aus Hamburg heraus operieren. Ein Höchstmaß an Kooperation, ggf eine gemeinsame Bekämpfungsstrategie über Ländergrenzen hinweg, ist aus Sicht der DPoIG unabdingbar. Die Entsendung eines Verbindungsbeamten in die Hamburger „BAO Castle“ erscheint aus Sicht der DPoIG nicht ausreichend.

Zu 2.)

Eine stärkere sichtbare polizeiliche Präsenz ist aus verschiedenen Gründen notwendig. Bei stärkerer polizeilicher Präsenz erhöht sich das Entdeckungsrisiko für einen Straftäter. Es ist anzunehmen, dass Straftäter bei einer ungünstigen Prognose ihres eigenen Entdeckungsrisikos von ihrem Vorhaben ablassen werden. Zudem erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, einen Täter bei Verfolgung auf frischer Tat, zum Beispiel nach einem Bürgerhinweis, festnehmen zu können. Schlussendlich ist das Sicherheitsgefühl der betroffenen Bürger nicht zu vernachlässigen. Ein Rückzug der Polizei bei der sichtbaren Präsenz führt zu Ängsten und Besorgnissen in der Bevölkerung.

Die DPolG wertet die in der jüngeren Vergangenheit im Rahmen der Personalabbaupläne gemachten Schwerpunktsetzungen als fatal. Wer die polizeilichen Schwerpunkte nur in den Bereichen „Einsatz“ und „Ermittlungen“ verortet greift zu kurz. Präsenz und Prävention sind mindestens vergleichbar wichtige Aspekte, auf die nicht zu verzichten ist.

Zu 3.)

Alleine durch Präsenz und Strafverfolgung wird der Komplex des Wohnungseinbruches nicht zu bekämpfen sein. Es muss einen Schulterschluss zwischen Bürgern und Polizei geben. Die Bürger müssen in die Lage versetzt werden, ihr Hab und Gut sinnvoll zu sichern. Hierzu ist eine Ausweitung technischer Prävention unter Einbindung der zertifizierten Facherrichterfirmen notwendig. Es ist festzuhalten, dass der Bereich der polizeilichen Prävention gerade in 2015 in vielen Bereichen stark reduziert werden musste, da das Personal an anderer Stelle „dringender“ benötigt wurde.

Zu der technischen Prävention ist anzumerken, dass viele Bürger sich eher eine polizeiliche Beratung wünschen und nicht unbedingt eine Beratung durch eine Facherrichterfirma. Dahinter mag die Mutmaßung von Bürgern stehen, Facherrichterfirmen sehen Präventionsveranstaltungen auch als Kundenakquise und man berät nicht, was gut, sondern auch, was teuer ist.

Torsten Gronau  
Landesvorsitzender